



3. SITZUNG DES GEMEINDEPARLAMENTES

Donnerstag, 14. Juni 2018, Rathaussaal

Vorsitz	Elsi Bärlocher (SVP), Präsidentin
Protokoll	Reto Marty, Gemeindeschreiber
Büro	Alexandra Beck (CVP), Vizepräsidentin Markus Schönholzer (FDP), Stimmzähler Fritz Streuli (SP), Stimmzähler
Zeit	19:00 Uhr bis 21:00 Uhr

Appell

Gemeindeparlament

anwesend	30
entschuldigt	0

Gemeinderat

anwesend	7
entschuldigt	0

Traktandenliste

1. **Genehmigung der Traktandenliste**
2. **Konstituierung**
 - 2.1. **Wahl des Präsidenten oder der Präsidentin**
 - 2.2. **Wahl des Vizepräsidenten oder der Vizepräsidentin**
 - 2.3. **Wahl von 2 Stimmzählenden** des Gemeindeparlaments
3. **Einbürgerungen**
 - 3.1. **AMORTEGUI IBAÑES Fabio**, 1945, kolumbianischer Staatsangehöriger
 - 3.2. **BETANCES FERNANDEZ Eusebia**, 1975, dominikanische Staatsangehörige
 - 3.3. **CALTABIANO Nicolo**, 1960, italienischer Staatsangehöriger
 - 3.4. **LLUKES Nikolina**, 1995, serbische Staatsangehörige
 - 3.5. **MIFTARI geb. DEMI Diolinda**, 1990, kosovarische Staatsangehörige, mit Ehemann

4. **Rechnung und Geschäftsbericht 2017**
 5. **Totalrevision Zonenplan und Baureglement**
 6. **Antrag des Büros des Gemeindeparlaments zur Überarbeitung der Geschäftsordnung des Gemeindeparlaments**
 7. **Verschiedenes**
-

Präsident Martin Brenner (FDP) begrüsst die Anwesenden: „Geschätzter Gemeinderat, geschätzte Parlamentarier, liebe Gäste, ich begrüsse Sie herzlich zur heutigen Parlamentssitzung.“

Bereits ist das Parlamentsjahr für mich als Präsident schon wieder vorbei. In dieser Funktion habe ich viele neue und spannende Erfahrungen und Begegnungen gemacht und durfte das Parlament und Weinfelden gegen aussen vertreten. Ich nahm an verschiedenen Anlässen teil, von welchen mir viele positive und einmalige Erinnerungen bleiben werden.

Für mich war es ein sehr schönes und interessantes Jahr. Ich habe das Amt des Parlamentspräsidenten gerne wahrgenommen und die Sitzungen mit Freude geleitet. Die grösste Herausforderung in meinem Präsidialjahr war für mich die Aufmerksamkeit, dass ich daran denke, dass ich als Präsident auch meine Entscheidung bei den Abstimmungen im Rat abgebe. Dies auch im Wissen, dass meine Stimme bei Stimmengleichheit zur Entscheidung führen kann.

Im zu Ende gehenden Parlamentsjahr durfte sich das Parlament mit wegweisenden Entwicklungen und Entscheidungen für unser Dorf auf dem Weg zur Stadt befassen. Im Rat hat es damit an Gesprächsstoff nicht gefehlt und die Behandlung der Geschäfte führte zu vielen spannenden, angeregten und lehrreichen Voten, wegen denen die Sitzungen manchmal auch etwas länger dauerten. Bezüglich der Sitzungsdauer durfte ich als Präsident sowohl die kürzeste Sitzung mit 25 Minuten, wie auch mit der letzten Sitzung, die etwas länger als 3 Stunden dauerte, eine der längsten Sitzungen in den vergangenen Jahren leiten.

Etwas nachdenklich hat mich in den letzten Tagen die Information gemacht, dass es für die Lokalredaktion der Zeitung nicht möglich war, einen Korrespondenten für die Berichterstattung zu entsenden. Es hat bei mir schon die Frage aufgeworfen, welchen Stellenwert das Parlament und die ehrenamtliche Ratsarbeit bei den Medien und in der Öffentlichkeit haben. In diesem Sinne freue ich mich, dass es nun doch noch möglich war einen Korrespondenten zu organisieren und danke für eine objektive Berichterstattung.

Nun möchte ich mich zum Schluss meines Präsidialjahrs bei den Mitgliedern des Ratsbüros für die angenehme Zusammenarbeit bedanken. In den Dank will ich auch den Ratssekretär Reto Marty einschliessen, der mich jeweils im Rahmen der Sitzungsvorbereitungen kompetent begleitet hat. Einen besonderen und persönlichen Dank will ich auch meiner Frau Susanne aussprechen, sie war an allen Sitzungen anwesend und hat mich in meiner Funktion als Präsident im Hintergrund unterstützt. Sie wurde im vergangenen Jahr auch schon mal als "First Lady" angesprochen.

Danken will ich auch euch Parlamentarierinnen und Parlamentariern, für das mir entgegengebrachte Vertrauen mit der Wahl vor einem Jahr. Trotzdem freue ich mich nun auch, nach einem Jahr "Auszeit", wieder im Rat während den Sitzungen mitdiskutieren zu dürfen.

Ich darf das Amt des Parlamentspräsidenten nun weitergeben und wünsche meiner Nachfolge eine ehrenvolle Wahl, viele spannende Sitzungen und ein erfolgreiches Präsidialjahr.“

1. Traktandenliste

Präsident: Gegen die Traktandenliste erfolgen keine Einwendungen. Damit gilt sie als genehmigt.

2. Konstituierung für das Amtsjahr 2018 / 2019

2.1. Wahl des Präsidenten oder der Präsidentin

Vorgeschlagen wird von der Fraktion der SVP: Elsi Bärlocher (SVP)

Ausgeteilte Stimmzettel	30	
Eingegangene Stimmzettel	30	
Gewählt ist mit	28	Stimmen: Elsi Bärlocher (SVP)

Die neu gewählte Präsidentin Elsi Bärlocher richtet folgende Worte an die Anwesenden:

„Liebe Parlamentskolleginnen und Parlamentskollegen, herzlichen Dank für das Vertrauen, das Sie mir mit dieser Wahl schenken. Die Ehre, welches dieses Amt beinhaltet, ist mir bewusst und darum erfüllt es mich mit grosser Freude und Stolz, als Präsidentin diesem aktiven Parlament ein Jahr lang vorstehen zu dürfen. Ich verspreche ihnen, dass ich mich für einen effizienten und geordneten Ratsbetrieb einsetzen werde. Geschätzter Gemeindepräsident, Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, liebe Gäste, ja, jetzt ist er da, dieser 14. Juni 2018. Ein ganzes Jahr hatte ich Zeit, mich an der Seite von Martin Brenner auf diese neue Aufgabe vorzubereiten. Zusammen mit allen Ratsmitgliedern danke ich dir, Martin, für deine grosse und umsichtige Arbeit, die du in den vergangenen 12 Monaten für Weinfelden geleistet hast. Du hast sehr gut vorgespart, ich konnte viel von dir lernen und bin dir für deine freundschaftliche Hilfestellung bei meinem Einstieg ausserordentlich dankbar. In diesen Dank möchte ich auch Vor- und Nachsicht einschliessen. Ich weiss, dass ich mich auf die „Vorsicht“ von Reto Marty mit seiner seriösen Vorbereitungsarbeit verlassen kann, und falls nötig bitte ich um „Nachsicht“ von ihnen, sollte ich punktuell ins Schleudern kommen. Auch dir, Gebi, danke ich für dein Mittragen und dein Verständnis meinem politischen Engagement gegenüber.

So unterschiedlich unsere Standpunkte, Wünsche und Visionen naturgegeben auch sind, so versuchen wir doch, mit einer respektvollen und zielführenden Kommunikationskultur tragfähige und breitabgestützte Lösungen zu suchen. Nicht nur für dieses Jahr wünsche ich mir, dass wir alle, Gemeinderat und Parlament, die wir von der Weinfelder Bevölkerung mit entsprechenden Erwartungen und Versprechen gewählt wurden, dies beim Diskutieren, Entscheiden und Verwirklichen vor Augen haben. Wenn es uns weiterhin gelingt, eine lebenswerte und vielseitige Gemeinschaft zu gestalten, dann wird es auch keinen Unterschied machen, ob wir uns Dorf oder Stadt nennen.

Während meinem Präsidialjahr ist es mir wichtig auch Zeit für die Weinfelder Bevölkerung einzusetzen. Unter dem Motto: „Ein offenes Ohr für Sie“ plane ich in jeder Jahreszeit einmal eine informelle Gesprächsrunde. Alle Weinfelderinnen und Weinfelder sind eingeladen, in diesem offenen Dialog Erfreuliches und Unangenehmes, Anregungen und Wünsche mitzuteilen. Sofortige Patentlösungen zu

versprechen wäre vermessen. Möglich ist jedoch, dass nach diesem ersten Schritt die zuständigen Personen oder Stellen sich mit den Anliegen seriös auseinander setzen und ich bin gespannt, was so entstehen kann. Es ist erfreulich und wünschenswert, wenn so ein verstärktes Mitdenken und Mitteilen entsteht. Datum und Ort werden auf der Homepage und im „Weinfelder Anzeiger“ jeweils publiziert.

Jetzt blicke ich freudig-gespannt auf die kommende Sitzung. Die Traktandenliste zeigt, an Arbeit fehlt es uns nicht.“

2.2. Wahl des Vizepräsidenten oder der Vizepräsidentin

Vorgeschlagen wird von der Fraktion der CVP: Alexandra Beck (CVP)

Ausgeteilte Stimmzettel	30	
Eingegangene Stimmzettel	30	
Gewählt ist mit	23	Stimmen: Alexandra Beck (CVP)

2.3. Wahl von zwei Stimmenzählenden

Vorgeschlagen wird von der Fraktion der FDP: Markus Schönholzer (FDP)

Ausgeteilte Stimmzettel	30	
Eingegangene Stimmzettel	30	
Gewählt ist mit	29	Stimmen: Markus Schönholzer (FDP)

Vorgeschlagen wird von der Fraktion der SP/GP/GLP: Fritz Streuli (SP)

Ausgeteilte Stimmzettel	30	
Eingegangene Stimmzettel	30	
Gewählt ist mit	29	Stimmen: Fritz Streuli (SP)

3. Einbürgerungen

- 3.1. Einbürgerungsgesuch von **Amortegui Ibañez Fabio**, geb. am 23. November 1945 in Anolaima (Kolumbien), ledig, katholisch, kolumbianischer Staatsangehöriger, wohnhaft Schulstrasse 1

Der Rat genehmigt das Einbürgerungsgesuch in geheimer, schriftlicher Abstimmung mit 30 zu 0 Stimmen (leer 0, ungültig 0).

- 3.2. Einbürgerungsgesuch von **BETANCES FERNANDEZ Eusebia**, geb. am 15. Februar 1975 in San Jose de Ocoa (dominikanische Republik), verwitwet, römisch-katholisch, dominikanische Staatsangehörige, wohnhaft Südstrasse 5

Der Rat genehmigt das Einbürgerungsgesuch in geheimer, schriftlicher Abstimmung mit 27 zu 3 Stimmen (leer 0, ungültig 0).

- 3.3.** Einbürgerungsgesuch von **CALTABIANO Nicolo**, geb. am 25. November 1960 in Adrano (Italien), ledig, katholisch, italienischer Staatsangehöriger, wohnhaft Amriswilerstrasse

Der Rat genehmigt das Einbürgerungsgesuch in geheimer, schriftlicher Abstimmung mit 30 zu 0 Stimmen (leer 0, ungültig 0).

- 3.4.** Einbürgerungsgesuch von **LLUKES Nikolina**, geb. am 1. Dezember 1995 in Frauenfeld TG, ledig, katholisch, serbische Staatsangehörige, Kamorstrasse 4

Der Rat genehmigt das Einbürgerungsgesuch in geheimer, schriftlicher Abstimmung mit 29 zu 1 Stimmen (leer 0, ungültig 0).

- 3.5.** Einbürgerungsgesuch von **Miftari geb. Demi Diolinda**, geb. 13. Januar 1990 in Wil SG, verheiratet, muslimisch, für sich und ihren Ehemann **Miftari, Nderim**, geb. 15. Januar 1987, muslimisch, kosovarische Staatsangehörige, wohnhaft Kreuzlingerstrasse 40

Der Rat genehmigt das Einbürgerungsgesuch in geheimer, schriftlicher Abstimmung mit 26 zu 4 Stimmen (leer 0, ungültig 0).

4. Rechnung und Geschäftsbericht 2017

Das Referat des Kommissionspräsidenten Simon Wolfer (CVP) liegt dem Protokollführer schriftlich vor. Es wird deshalb im Wortlaut wiedergegeben.

Kommissionspräsident: „Die Kommission zur Vorberatung der Voranschläge, der Geschäftsberichte und der Rechnungen (nachfolgend Kommission), bestehend aus Susanna Brüscheiler (EVP), Martin Müller (GP), Steven Müller (JA), Markus Rizzolli (SVP), Marcel Tanner (FDP; Vizepräsident), Stefan Wolfer (SVP) und Simon Wolfer (CVP; Präsident), hat den vorliegenden Geschäftsbericht und die Gemeinderechnung 2017 in drei Sitzungen beraten.“

Die nachfolgenden Ausführungen beschränken sich auf ausgewählte Aspekte der Kommissionsberatung. An der zweiten Kommissionssitzung geht die Kommission jeweils mit Finanzchef Erwin Wagner alle Positionen des Geschäftsberichts und der Rechnungen detailliert durch. Fragen der Kommission, die an dieser Sitzung vom Finanzchef nicht beantwortet werden können, werden anschliessend jeweils schriftlich dem Gemeinderat unterbreitet. Die Kommission hat in Absprache mit Gemeindepräsident Max Vögeli und Finanzchef Erwin Wagner beschlossen, die im Zuge der dritten Kommissionssitzung ausgehändigten Antworten allen Parlamentsmitgliedern zugänglich zu machen. Einerseits soll damit die Transparenz erhöht und andererseits die Vorbereitung und Durchführung der Fraktionssitzungen optimiert und effizienter gestaltet werden können. Ausnahmsweise vertrauliche Informationen, z.B. bezüglich Personalbelange, oder einzelne ausgehändigte Akten/Beilagen können in der Version an das Gemeindeparlament weggelassen werden.

Bei der Beratung des Geschäftsberichts und der Rechnung 2017 – dem zweiten Jahresabschluss nach HRM 2 – orientierte sich die Kommission an den folgenden Kriterien:

- *Wirtschaftlicher Umgang mit den finanziellen Mitteln*
- *Sparsamkeit*
- *Einhaltung des Budgets*
- *Entwicklung der Gemeindefinanzen*

Gemeindepräsident Max Vögeli informierte die Kommission an ihrer ersten und dritten Sitzung. An allen drei Kommissionssitzungen teilgenommen hat Erwin Wagner, Chef Finanzverwaltung der Gemeinde Weinfelden. Der Kommission wurden alle verlangten Informationen vorbehaltlos erteilt und Dokumente, wo gewünscht, ausgehändigt. Am 28. Juni 2017 liess sich die Kommission von Gemeinderat Valentin Hasler, Betriebsleiter Karl Fink und Simone Debrunner vom Sportsekretariat die Sportanlagen, die Infrastruktur und die Gerätschaften der Güttingersreuti zeigen. Dabei bot sich auch die Gelegenheit, Finanzierungsaspekte zu diskutieren.

Der Kommission liegt auch der Bericht der Rechnungsprüfungskommission an den Gemeinderat vor. Dieser Bericht wurde am 31. Mai 2018 mit zwischen Stephan Kessler (Präsident RPK), Max Vögeli, Erwin Wagner und Simon Wolfer besprochen.

Die Rechnung 2017 der Politischen Gemeinde präsentiert sich kurz zusammengefasst wie folgt:

- *Bei einem budgetierten Aufwandüberschuss von Fr. 1'206'600.00 resultiert ein Ertragsüberschuss von Fr. 507'099.22. Die Abweichung vom Budget ist mit rund Fr. 1.7 Mio. erheblich. Der erzielte Gewinn ist gut, aber nicht derart übermässig wie in vergangenen Jahren. Erneut haben Mehrerträge bei den Steuern, insbesondere bei der Grundstückgewinnsteuer, dieses gute Ergebnis beeinflusst.*
- *Die Nettoinvestitionen liegen mit Fr. 3'281'000.00 etwas unter dem Vorjahr. Schwerpunkte waren der Neubau des Sicherheitszentrums, die Erstellung der Velonische südseitig des Bahnhofs sowie diverse Strassen.*
- *Aufgrund der Investitionen und fehlender ausserordentlicher Abschreibungen hat der Restbuchwert des Verwaltungsvermögens von Fr. 24'376'00.00 im Vorjahr auf Fr. 26'065'000.00 im Jahr 2017 etwas zugenommen.*
- *Leicht abgenommen hat die Steuerkraft 100 % einfache Steuer, und zwar von Fr. 2'267.00 auf Fr. 2'224.00 pro Einwohner. Im kantonalen Vergleich ist dies nach wie vor ein gutes Niveau.*
- *Die Kommission stellte in der Erfolgsrechnung bei einigen Positionen Abweichungen zwischen der Rechnung 2016, dem Budget 2017 und der Rechnung 2017 fest. Dies ist teilweise mit der Umstellung auf HRM2 im Jahr 2016 zu erklären. Bei der Budgetierung des Jahres 2017 lagen die Ergebnisse des ersten HRM2-Abschlusses noch nicht vor. Die Kommission empfiehlt, bei der Budgetierung 2019 die Budgetgenauigkeit der beiden Vorjahre zu überprüfen und allenfalls Korrekturen vorzunehmen.*

4.1. Geschäftsbericht 2017

S. 39 Strassenwesen

Die Kommission stellte fest, dass regelmässig Baugesuche, für die dem Gemeindeparlament ein Kredit zur Genehmigung vorgelegt wird, vor der Parlamentssitzung öffentlich aufgelegt werden. Gemäss Gemeinderat sind die entsprechenden zeitlichen und kostenmässigen Aufwendungen für die öffentliche

Auflage vernachlässigbar. Vorteile können sich aus diesem Vorgehen in zeitlicher Hinsicht ergeben, weil bei Genehmigung des Kredits durch das Gemeindeparlament regelmässig sofort mit der Umsetzung begonnen werden kann. Nach Ansicht der Kommission darf eine vorgängige öffentliche Auflage auf jeden Fall nicht dazu führen, dass das Gemeindeparlament faktisch in seiner Entscheidkompetenz eingeschränkt wird, indem es gehemmt wird, Änderungen oder Ablehnungen der Kreditvorlage zu beschliessen.

S. 44 Sicherheitszentrum

Die im laufenden Geschäftsjahr 2018 abzuschliessende Gesamtabrechnung des Sicherheitszentrums wird der Kommission mit der Rechnung 2018 vorgelegt werden. Die Kommission erwartet vom Gemeinderat im Hinblick auf das Budget 2019 einen Vorschlag für die definitive Kostenaufteilung zwischen der durch die Feuerwehersatzabgabe bezahlten Spezialfinanzierung Feuerwehr und den allgemeinen, namentlich durch die Gemeindesteuern erwirtschafteten Mitteln.

4.2. Erfolgsrechnung 2017

0 Allgemeine Verwaltung

Konto 0210 4611.01 Finanz- und Steuerverwaltung / Mitwirkung bei Steuerveranlagungen

Die Gemeinde erhält vom Kanton Vergütungen für die Mitwirkung bei Steuerveranlagungen. Dabei handelt es sich in erster Linie um die Veranlagung von einfachen Steuererklärungen durch Mitarbeitende des Steueramtes. Der Betrag von Fr. 6'656.00 weist darauf hin, dass das Steueramt im Jahr 2017 wenige eigene Veranlagungen machte. Die Kommission erwartet, dass diesem Punkt und der damit verbundenen Einkommensmöglichkeit künftig ein grösseres Augenmerk geschenkt wird. Der Chef der Finanzverwaltung sicherte der Kommission zu, dies im Zuge der laufenden kleineren Reorganisation des Steueramtes anlässlich von Personalwechseln zu berücksichtigen.

Keine weiteren Bemerkungen

1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit

Kontogruppe 1500 Feuerwehr

Die Feuerwehr konnte in den vergangenen Jahren Einlagen in das Spezialfinanzierungskonto tätigen. Das ist erfreulich und zu einem wesentlichen Teil auf die mit dem Bevölkerungswachstum verbundenen höheren Feuerwehersatzabgaben zurückzuführen. Die Kommission hat dem Gemeinderat einige Fragen betreffend die aus der Rechnung ersichtlichen Budgetüberschreitungen in der Kontogruppe Feuerwehr gestellt. Die fehlende Budgetgenauigkeit in diesem Bereich der Gemeinde warf in den vergangenen Jahren immer wieder Fragen auf. In den kommenden Monaten wird die Kommission mit dem Ressortvorsteher und dem Feuerwehrkommandanten das Budget und Rechnung der Feuerwehr anschauen und sich über Abläufe, Finanzierungen und Kontierungen informieren lassen.

Keine weiteren Bemerkungen

3 Kultur, Sport und Freizeit

Die Kommission verlangte anlässlich ihres Besuchs bei den Verantwortlichen der Sportstätte eine Auflistung des Bestandes der Fahrzeuge/Geräte in der Güttingersreuti. Diese am 21. Februar 2018 erstellte Liste haben Sie mit dem Protokoll der dritten Kommissionssitzung erhalten. Darauf aufgeführt sind die Bezeichnung des Fahrzeugs/der Maschine, der Jahrgang, die bislang gefahrenen Stunden und der Anschaffungspreis.

Die Kommission empfiehlt, diese Liste jährlich zu aktualisieren und um eine Spalte betreffend die erwartete Lebensdauer zu ergänzen (nach Angaben des Lieferanten und/oder den Abschreibungsdauern nach den Vorgaben von HRM2). Dadurch ist der ungefähre Investitionsbedarf ersichtlich. Selbstverständlich soll letztlich der nötige Spielraum beibehalten werden, um Ersatzbeschaffungen nicht strikte nach rechnerischer Ablaufdauer, sondern bereits oder erst dann zu tätigen, wenn das entsprechende Fahrzeug nicht mehr fahrtüchtig ist oder Reparaturen nicht mehr sinnvoll erscheinen.

Keine weiteren Bemerkungen

4 Gesundheit

Konto 4210 3636.03 Beitrag Verein SPITEX

Die Beiträge an den Verein Spitex sind im Rechnungsjahr 2017 mit gut Fr. 900'000.00 merklich tiefer als im Jahr 2016, aber deutlich höher als budgetiert. Bekanntlich wurden mit dem Verein Spitex auf das Jahr 2017 hin tiefere Tarife ausgehandelt, was zur tieferen Budgetierung führte. Die Budgetüberschreitung ist gemäss Gemeinderat darauf zurückzuführen, dass die Spitex mehr Stunden in Rechnung stellte als vorgängig erwartet wurde.

Keine weiteren Bemerkungen

5 Soziale Sicherheit

Kontogruppe 5120 Prämienverbilligungen

Die von der Gemeinde an den Kanton zu leistenden Verbilligungen für Krankenkassenprämien stiegen im Jahr 2017 netto weiter erheblich an. Diese Ausgaben kann die Gemeinde nicht beeinflussen. Eine direkte Einflussmöglichkeit hat die Gemeinde hingegen bei den Prämienausständen von in Weinfelden wohnhaften Krankenversicherten. Hier betreibt die Gemeinde ein aktives Case Management. Dieses soll verhindern, dass die Gemeinde Verluscheinforderungen der Krankenkassen tilgen muss, ohne dass sie ihrerseits diese ihr entstehenden Kosten später bei den Versicherten einfordern kann.

Keine weiteren Bemerkungen

6 Verkehr

Fritz Streuli (SP): Zu Seite 132, Projekt Ortsbus: Vor einer Woche ist der neue Fahrplanentwurf herausgekommen. Dies hat mich auch wieder an das Projekt Ortsbus erinnert. Kann zum Projekt Ortsbus ein Lagebericht abgegeben werden?

Gemeinderat Hans Eschenmoser: *Der Gemeinderat hat sich vor kurzem mit dem Thema befasst. Er wird zu einem späteren Zeitpunkt darüber informieren.*

Keine weiteren Bemerkungen

7 Umweltschutz und Raumordnung

Keine Bemerkungen

8 Volkswirtschaft

Keine Bemerkungen

9 Finanzen und Steuern

Konto 9500 4601.02 Übrige Ertragsanteile / Gemeindeanteil an Grundstückgewinnsteuern

Die erfreulich und anhaltend hohen Erträge bei der Grundstückgewinnsteuer trugen wesentlich zum positiven Abschluss der Jahresrechnung bei. Fällig wird die Grundstückgewinnsteuer erst mit dem Eintrag des neuen Eigentümers im Grundbuch, weshalb eine Prognose im Voraus schwierig ist. Gleichwohl wäre es wünschenswert, wenn der Gemeinderat diese Erträge etwas genauer respektive bei guten Anzeigen des Immobilienmarktes und je nach konkreten Bauprojekten optimistischer budgetieren würde.

Keine weiteren Bemerkungen

4.3. Investitionsrechnung 2017

Alexandra Beck (CVP): *Zu Konto 7410 5020.11 Giessen Renaturierung, vor knapp drei Jahren wurde der "Dorfbach" oder ist es bald der "Stadtbach" von Weinfeld: der Giessen, intensiv diskutiert. Damals war im Budget 2015 ein Betrag von 25'000 Franken vorgesehen, gebraucht wurden 7'000 Franken. Zwei Jahre später waren 40'000 Franken budgetiert, gebraucht wurden knapp 12'000 Franken. Was läuft da genau? Laut Aussage von Walter Strupler wurde das Projekt Renaturierung Giessen an ein Ingenieurbüro vergeben worden, welches das Projekt im letzten Jahr dem Amt für Umwelt zur Prüfung vorgelegt hat. Dort wurde eine totale hydrologische Überprüfung in Auftrag gegeben. Die Schlusspräsentation findet dazu am 27. Juni 2018 statt. Mich würde einerseits interessieren, wie die Legislative zu den Resultaten dieser Schlusspräsentation kommt und andererseits, wie es in diesem Thema weiter geht. Was gedenkt der Gemeinderat in diesem Thema weiter zu unternehmen?*

Gemeinderat Walter Strupler: *Die Frage ist nicht ganz einfach zu beantworten. Es wurde ein Ingenieurbüro beauftragt, eine Ausschreibung zu machen. Dafür musste das Projekt zum Amt für Umwelt gesandt werden und dort wurde eine hydrologische Überprüfung verlangt. Am 27. Juni 2018 wird der rein technische Bericht vorgestellt. Es geht um rein technische Fragen. Danach muss sich der Gemeinderat damit befassen. Es wird sicher so, dass das Parlament darüber entscheiden muss, vielleicht braucht es aufgrund der Höhe der Investitionen sogar eine Volksabstimmung. Bei Gewässern kann es sehr lange gehen. Das sieht man beispielsweise bei der Thurkorrektur. In Budget und Rechnung verhielt es sich mit den geplanten Ausgaben und den effektiven dann ähnlich wie jetzt beim Giessen. Beim Giessen fallen sehr viele Privatinteressen auf das öffentliche Interesse und deshalb ist es nicht so einfach, eine Renaturierung zu machen. Ich bin aber guten Mutes, dass es eine gute Lösung gibt. Es wird in Etappen gearbeitet werden müssen, da es sehr aufwendig werden wird.*

4.4. Bilanz 2017

Es wird auf die einleitenden Bemerkungen der Rechnung (S. 84) verwiesen.

Konto 2011.00 Darlehen Abwasserzweckverband

Aufgrund guter Liquidität und tiefer Zinsen hat der Abwasserzweckverband der Gemeinde Weinfeld den früher ein günstiges Darlehen über rund 3.6 Mio. gewährt. Wie lange dieses Bestand hat, ist gemäss Finanzverwaltung noch offen. Der Abwasserzweckverband überprüft gegenwärtig seine Anlagestrategie.

Konto 2900 Spezialfinanzierungen

Auch die Rechnungsprüfungskommission stellte fest, dass die Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung nach mehreren Jahren des Zuwachses nun regelmässig Entnahmen verzeichnet. Die Kommission bittet den Gemeinderat, eine Strategie bezüglich der langfristigen Sicherstellung dieser Finanzierung festzulegen.

Fritz Streuli (SP): *Auf Seite 171 findet sich die Auflistung der Liegenschaften im Landkreditkonto. In der obersten Zeile ist der Parkplatz Schützenstrasse aufgeführt. Der Parkplatz gehört der Gemeinde, bringt jedoch dem BBZ und der SBB einen Nutzen. Sind Bestrebungen da, diese Parzelle zu verkaufen?*

Gemeindepräsident Max Vögeli: *Eine solche Parzelle direkt am Bahnhof mit so guter Lage sollte nicht verkauft werden. Es kann viele Verwendungszwecke dafür geben, beispielsweise im Verhältnis zur SBB. Es sind deshalb keine Bestrebungen vorhanden, diese Parzelle zu veräussern. Sie belastet uns nicht und soll im Besitz der Gemeinde bleiben.*

Keine weiteren Bemerkungen

Präsidentin: Wir haben die Laufende Rechnung und die Investitionsrechnung. Gibt es, bevor wir zur Schlussabstimmung kommen, Rückkommensanträge oder wird das Wort nochmals gewünscht?

4.5. Schlussbemerkung / Anträge

Kommissionspräsident: *Die Kommission hat den Vorschlag des Gemeinderates zur Verwendung des Rechnungsvorschlags 2017 diskutiert (S. 164).*

In den Vorjahren wurde der Gewinn jeweils vorwiegend für zusätzliche Abschreibungen des im Zeitpunkt von HRM1 aktivierten Verwaltungsvermögens verwendet. Dieses Verwaltungsvermögen nach HRM1 muss bekanntlich innert 10 Jahren seit dem Übergang zu HRM2 (2016) vollständig abgeschrieben sein. Auch aufgrund dieser Verwendung des Gewinns für zusätzliche Abschreibungen, weist das Verwaltungsvermögen HRM 1 bereits so tiefe Bilanzwerte auf, dass eine Abschreibung innert vorgesehener Restdauer von 8 Jahren problemlos möglich sein sollte.

Die Kommission ist deshalb der Auffassung, dass es richtig ist, den Gewinn 2017 von rund Fr. 500'000.- nicht für zusätzliche Abschreibungen zu verwenden, sondern in das Eigenkapital einzulegen.

Für das Verwaltungsvermögen nach HRM2 (z.B. Bilanzkonto 1403 / Übrige Tiefbauten / Bahnhof Süd) gilt, dass zusätzliche Abschreibungen, etwa mittels Gewinnverwendung, grundsätzlich nur möglich sind, wenn der Gemeinderat hierfür mittels eines Beschlusses generelle Regeln aufstellt. Die Kommission bittet den Gemeinderat, der Kommission bis zum Budget 2019 einen Vorschlag für diese Regeln zu unterbreiten.

Deshalb empfiehlt Ihnen die Kommission Folgendes:

1. Es sei der **Rechnungsvorschlag** entsprechend dem Antrag des Gemeinderats wie folgt zu verwenden:

Einlage in Eigenkapital:
Kto 2999.00 Eigenkapital Fr. 507'099.22

2. Es seien der Geschäftsbericht und die Rechnung des Jahres 2017 zu genehmigen.

4.6. Beschlüsse

1. Die Verwendung des Rechnungsvorschlags in der Höhe von Fr. 507'099.22 wird gemäss Antrag mit 30/0 Stimmen genehmigt.
2. Geschäftsbericht und Rechnung für das Jahr 2017 werden mit 30/0 Stimmen genehmigt.

Das **Behördenreferendum** wird **nicht ergriffen**.

Gemäss Artikel 30 in Verbindung mit Artikel 29 Ziffer 1 littera b unserer Gemeindeordnung untersteht dieser Beschluss dem fakultativen Referendum. Nach Artikel 11 der Gemeindeordnung beträgt die Referendumsfrist 30 Tage, vom Tage der Bekanntmachung des Beschlusses an gerechnet.

5. Totalrevision Zonenplan und Baureglement

Präsidentin: An der Sitzung vom 24. Mai 2018 berieten wir die Totalrevision Zonenplan und Baureglement in erster Lesung durch. Heute erfolgen die zweite Lesung und die Schlussabstimmung. Die in der ersten Lesung erfolgten Änderungen wurden ihnen mit der Einladung zugestellt.

5.1. Detailberatung 2. Lesung

Präsidentin: Die Beratung erfolgt wie bei der ersten Lesung. Wir gehen die Vorlage abschnittsweise durch, bei Bedarf erhält der Kommissionspräsident das Wort, die Diskussion zum jeweiligen Artikel ist offen. Fragen, Bemerkungen und Anträge werden gesammelt, werden Anträge gestellt, frage ich ob weitere Anträge zum aktuellen Artikel vorliegen, danach erfolgt die Diskussion zum Antrag. Gibt es aus dem Plenum keine Bemerkungen mehr, hat wieder der Kommissionspräsident und zum Abschluss, vor der Abstimmung, das entsprechende Mitglied der Exekutive das Wort. Danach ist die Diskussion zum Antrag geschlossen und es wird über den Antrag abgestimmt.

Art. 28

Claudia Bieg (SP): *Ich stelle zu Art. 28 folgenden **Antrag** für einen neuen Abs. 3: Bei Neu- und Umbauten von Mehrfamilienhäusern ist ein zukünftiger Anschluss für eine Ladestation für Elektroautos einzuplanen. Die dafür notwendigen Leerrohre sind einzubauen. Ich stelle diesen Antrag noch einmal, weil sich inzwischen unsere*

Kantonsregierung in Frauenfeld ebenfalls zu diesem Thema geäußert hat. Im März hat der FDP Kantonsrat Eugster einen Bericht zu Chancen der Elektromobilität verlangt und dieser liegt nun vor. Der Regierungsrat hat darin unter anderem eine Massnahme mit der 1. Priorität aufgeführt. Sie lautet ähnlich wie mein Antrag, nur ist sie noch etwas umfassender. Verlegung von Leerrohren für Ladeinfrastruktur, beispielsweise in Tiefgaragen oder bei Parkplätzen; Mindestanteile elektrifizierter Parkplätze bei Neubautenvorhaben; und Bestandsbauten mit grösseren Einstellhallen. Der Kanton zeigt uns den Weg in die Zukunft. Noch einmal möchte ich betonen, dass wir es als Energiestadt wagen sollten, in unserem Baureglement einen ganz kleinen Schritt in die richtige Richtung zu tun und eine langfristige Planung kann Kosten bei der Nachrüstung verhindern. Dies sollte ja auch ganz im Sinne der Bauherren sein.

Daniel Engeli (SVP): Aus der ersten Lesung könnte der Eindruck entstanden sein, die Bürgerlichen seien gegen die Energiewende. Dies getarnt mit dem Begriff keine Überregulierung. Dass die Forderungen von den Linken kommen, finde ich gut, dass ist ihr Kerngeschäft. Eine Regulierung braucht es durchaus, aber eine zielführende. Vorgaben es ist zu planen, bringen nichts. Wenn dann wie Minergie auszuführen ist, so wie beispielsweise im Einfang, wo diese Auflagen gemacht wurden. Dort haben die Käufer die Wahl. Eine Parzelle kaufen bedeutet Minergie bauen. Die Vorschriften nur für einzelne zu erlassen, geht gar nicht. Wenn, dann braucht es klare Ziele für alle. Wir empfehlen, den Antrag abzulehnen.

Kommissionspräsident Simon Wolfer: Es wurde anlässlich der 1. Lesung bereits intensiv über das Thema geredet. Der Kanton überlegt sich, in diesem Bereich weiterzugehen. Wenn es von Kanton in die gesetzlichen Grundlagen aufgenommen wird, dann gilt es für alle. Deshalb wäre es aus meiner Sicht in Ordnung, es so zu belassen, wie es ist.

Gemeinderat Thomas Bornhauser: Wie ich das letzte Mal schon gesagt habe, habe ich eine gewisse Sympathie für den Antrag. Beim Bericht der Regierung reden wir über einen Grundlagenbericht der durch Kantonsrat Daniel Eugster angefragt wurde. Die im Bericht dargelegten Möglichkeiten bieten Chancen, sie bergen aber auch Gefahren. Die Förderung der individuellen Elektromobilität beisst beispielsweise den öffentlichen Verkehr. Die Energiekommission hat getagt und es wurde beschlossen, ein Merkblatt in Auftrag zu geben, auf was die Bauherrschaft achten soll. Momentan wurde ein Masterplan erarbeitet und dort gibt es Aussagen zu den Planungen bezüglich Versorgung der Elektromobile. Ebenfalls ist es bereits Inhalt der neuen Gestaltungspläne. Da es im Baureglement zu generell ist, empfehle ich deshalb, auf die Einführung des neuen Absatzes zu verzichten. Es ist zu eingeschränkt. Vor der Grundlagenbericht im Grossen Rat diskutiert wird, sollten nicht schon Elemente daraus in ein Baureglement aufgenommen werden. Ich bitte sie deshalb, den Antrag abzulehnen.

Martin Müller (GP): Ich bin schon erstaunt, dass der Vorschlag plötzlich zu wenig weit gehen soll. Der Kantonsrat kann am Bericht nichts mehr ändern. Der Bericht steht, er kann auf die Massnahmen Einfluss nehmen. Die Regierung ist der Meinung, dass es eine der wichtigen Massnahmen ist. Die Regierung hat sich sicher etwas überlegt, dies so in den Bericht zu schreiben.

Die Diskussion wird nicht weiter verlangt.

Abstimmung

Der Antrag Bieg wird mit 6/19 Stimmen abgelehnt.

Art. 42

Marianne Scherrer (EVP): An der letzten Sitzung haben wir in erster Lesung bereits ausführlich über das Baureglement diskutiert. Es wurde sehr wenig geändert, was auf eine gute Vorarbeit schliessen lässt. Ich bin aber trotzdem der Meinung, dass in gewissen Passagen noch klarer festgelegt werden kann. Ich stelle deshalb folgenden **Antrag**: Bei Neubauten ist die Umgebung angemessen mit Sträuchern und Bäumen zu bepflanzen. Dafür sind standortgerechte Pflanzen zu wählen, ausgeschlossen sind invasive Neophyten. Das vorzugsweise vor standortgerechte soll gestrichen werden.

Manuel Strupler (SVP): Als Vorbemerkung möchte ich sagen, dass es doch schön wäre, wenn die Parlamentarierinnen und Parlamentarier jeweils mit den Maximalstimmen in die Funktionen gewählt würden. Ich wünsche der neuen Präsidentin, der Vizepräsidentin und den Mitgliedern des Büros viel Erfolg und Spass bei ihrer Arbeit und danke ihnen dafür.

Ich sehe es gleich wie Marianne Scherrer, stelle zusätzlich aber noch den **Antrag**, den Zusatz ausgeschlossen sind invasive Neophyten zu streichen. Ich bin der Meinung, dass die Vorschrift standortgerechte Arten, reicht. Es kann einfach gehalten werden. Der Bund regelt, was Neophyten sind. Da sind auch Pflanzen wie die Goldrute oder der Kirschlorbeer drauf. Kirschlorbeer ist eine der wenigen Laubgehölze, die immergrün sind. Wichtig ist, dass man weiss, wie man damit umgehen muss. Diese Pflanzen können auch im Heim und Hobby gekauft werden. Deshalb ist es auch sehr schwierig, sie zu verbieten oder das Verbot zu kontrollieren. Eine Hecke kann auch nach Abschluss der Bauabnahme noch gepflanzt werden. Das Bauamt müsste somit immer alles kontrollieren. Deshalb meine ich, der Satz sollte rausgenommen werden, die Vorschrift, dafür sind standortgerechte Arten zu wählen, genügt.

Kathrin Alder (GP): Ich bin etwas traurig über diese Anträge. Es gibt auch eine schwarze Liste von Jardin Suisse, auf denen diese Pflanzen auch vermerkt sind. Es wurde auch in unserem Garten Kirschlorbeer gepflanzt, da zu wenig bewusst ist, worum es sich dabei handelt. Es wäre deshalb gut, wenn es im Baureglement klar wäre und ich kann nicht verstehen, wieso das jetzt gestrichen werden soll. Die schwarze Liste von Jardin Suisse zeigt es doch auch und diese sollte doch auch eingehalten werden.

Manuel Strupler (SVP): Bei den Pflanzen ist es so, dass es hier viel artenärmer wäre, wenn die neuen Pflanzen nicht gekommen wären. Es gab auch genetische Untersuchungen, was standortgerecht ist und ich meine, standortgerecht würde reichen. Der Satz mit den Neophyten kann rausgenommen werden. Die Regelung mit den Neophyten muss eine oder zwei Stufen höher erfolgen. Das Bauamt müsste danach etwas kontrollieren was unkontrollierbar ist. Nicht nur der Plan muss angesehen werden, sondern nachher muss auch die Bauabnahme erfolgen. Am schlimmsten ist es mit den Neophyten dort, wo die Aktionen der Grossverteiler gekauft werden. Die Schwarze Liste müsste auf höherer Stufe ergänzt werden. Einfach im Baureglement verbieten ist nicht durchzusetzen und auch nicht ehrlich.

Martin Müller (GP): Ich möchte auf den Wortlaut hinweisen. Es muss nicht immer kontrolliert werden. Die Kontrolle findet bei Neubauten statt. Mit dem Passus bezüglich Neophyten wäre eben klar, was nicht gesetzt werden darf. Das Argument mit dem Bauamt zieht nicht, die Abnahme muss sowieso gemacht werden.

Peter Büchel (CVP): Ich finde ebenfalls, dass es nicht ins Baureglement gehört. Ich fände eine Wegleitung wäre besser. Mein Vorschlag ist, dass eine Liste erstellt wird, auf der steht, welche Pflanzen nicht gepflanzt werden sollen. Die Bauabnahme ist

übrigens zu früh. Der Garten ist dann nicht fertig. Die Leute vom Bauamt müssten dann dreimal kommen, wenn sie dies auch noch kontrollieren müssten.

Kathrin Alder (GP): Wenn das rausgenommen wird mit den Neophyten, könnte auch der ganze Artikel gestrichen werden. Ich finde, das wäre die Erkenntnis der vorangegangenen Voten.

Kommissionspräsident Simon Wolfer: Die Frage stand nach der letzten Sitzung im Raum, ob die Änderungen nochmals aufgelegt werden müssen. Nun ist es so, dass der betreffende Artikel nochmals aufgelegt werden müsste, da es sich um eine inhaltliche Anpassung handelt. Dies könnte aber während der Referendumsfrist erfolgen.

Bezüglich den gestellten Anträgen sehe ich es gleich wie die Antragsteller. Wie soll es umgesetzt werden mit den Neophyten. Es sollten Pflanzen gesetzt werden können, die einen ökologischen Mehrwert haben. Das Bauamt sollte sensibilisieren, wenn gebaut wird, was gesetzt werden sollte und was nicht. Dazu könnte ein Merkblatt abgegeben werden.

Marcel Tanner (FDP): Das Amt für Umwelt macht viel bezüglich der invasiven Neophyten. Es gibt Vollzugshilfen, der Kanton instruiert die Werkhöfe und die verschiedenen Tiefbauämter machen auch viel. Auch die Gemeinde kann sensibilisieren, allenfalls auf die Merkblätter des Kantons verweisen oder auch ein eigenes erstellen, das abgegeben werden kann. Der Vollzug ist schwierig. Zum Beispiel ist die Goldrute leider mittlerweile einheimisch geworden. Ich denke, es muss sich auf die anderen konzentriert werden. Dazu braucht es keine Vorschrift im Baureglement. Der Kanton empfiehlt und informiert, das sollte reichen.

Gemeinderat Walter Strupler: Ich möchte nichts zu den Anträgen sagen, aber auf die Neophytenausstellung hinweisen, die in der letzten Juni Woche auf dem Marktplatz Weinfeldern stattfindet.

Kathrin Alder (GP): Ich kann die Argumente immer noch nicht nachvollziehen. Wenn der Artikel so geändert wird, braucht es ihn gar nicht mehr. Ich stelle deshalb den **Antrag, den Artikel 42 gänzlich zu streichen**.

Die Diskussion wird nicht weiter verlangt.

Präsidentin: Wir gehen nun so vor, dass wir in folgender Reihenfolge über die Anträge abstimmen: Als erstes wird über den Antrag Scherrer zur Streichung des Wortes vorzugsweise abgestimmt: Art. 42 würde danach wie folgt lauten: Bei Neubauten ist die Umgebung angemessen mit Sträuchern und Bäumen zu bepflanzen. Dafür sind standortgerechte Arten zu wählen, ausgeschlossen sind invasive Neophyten.

Danach wird über den Antrag Strupler abgestimmt, Art. 42 würde danach wie folgt lauten: Bei Neubauten ist die Umgebung angemessen mit Sträuchern und Bäumen zu bepflanzen. Dafür sind standortgerechte Arten zu wählen.

Zum Schluss wird über den Antrag Alder abgestimmt. Art. 42 soll gemäss Antrag Alder ersatzlos gestrichen werden.

Die Diskussion wird nicht verlangt.

Abstimmungen

Der Antrag Scherrer wird mit 6/22 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag Strupler wird mit 22/5 Stimmen angenommen.

Der Antrag Alder wird mit 7/21 Stimmen abgelehnt.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Präsidentin: Wir haben Zonenplan und Baureglement in 2. Lesung durchberaten. Gibt es, bevor wir zum Abschluss der 2. Lesung kommen, Rückkommensanträge oder wird das Wort nochmals gewünscht?

Kathrin Alder (GP): *Liebe Parlamentsmitglieder, wir haben gerade einen Artikel für die Bepflanzung bei Neubauten verabschiedet, der nichts bedeutet. Dieser Artikel ist absurd. Er macht wirklich keinen Sinn.*

Manuel Strupler (SVP): *Mein Gärtnerherz ist schon etwas angegriffen. Es ist ein relativ luftiger Artikel, das stimmt. Es steht aber immerhin, dass bepflanzt werden soll. Das ist eine Aussage gegen Steingärten. Es soll standortgerecht bepflanzt werden. Nichts sagt der Artikel deshalb nicht aus. Es ist ein beweglicher Begriff, er sagt aber aus, es sollte grün sein.*

Daniel Engeli (SVP): *Ich finde auch, dass es nicht nichts ist. Es können Merkblätter gemacht werden, die dem Bauherrn sehr wohl helfen werden.*

Kommissionspräsident Simon Wolfer: *Zur Schlussabstimmung, die vorberatende Kommission hat der Vorlage einstimmig zugestimmt und sie empfiehlt dem Gemeindeparlament, die Vorlage anzunehmen. Wie Gemeindepräsident Max Vögeli gesagt hat, handelt es sich um ein Generationenwerk. Ich danke allen sehr herzlich, die sich daran beteiligt haben. Es waren über 20 Sitzungen, an denen die Vorlage vorbereitet wurde. Einen speziellen Dank richte ich an den Chef des Bauamts, Martin Belz, der der Kommission immer sehr kompetent und sachlich zur Verfügung gestanden hat.*

Diskussion wird nicht benützt.

Der Antrag lautet: Es seien der totalrevidierte Zonenplan und das totalrevidierte Baureglement zu genehmigen.

5.2. Schlussabstimmung

Die Totalrevisionen des Zonenplans und des Baureglements werden mit 29/0 Stimmen genehmigt.

Das **Behördenreferendum** wird **nicht ergriffen**.

Gemäss Artikel 30 in Verbindung mit Artikel 29 Ziffer 2 littera b unserer Gemeindeordnung untersteht dieser Beschluss dem fakultativen Referendum. Nach Artikel 11 der Gemeindeordnung beträgt die Referendumsfrist 30 Tage, vom Tage der Bekanntmachung des Beschlusses an gerechnet.

6. **Antrag des Büros des Gemeindeparlaments zur Überarbeitung der Geschäftsordnung des Gemeindeparlaments**

An der Sitzung vom 24. Mai 2018 wurde der Antrag des Büros des Gemeindeparlaments zur Überarbeitung der Geschäftsordnung des Gemeindeparlaments angekündigt. Das Büro hält den Zeitpunkt für richtig, nach der Teilrevision der Gemeindeordnung nun auch das Geschäftsreglement zu überarbeiten und stellt deshalb den entsprechenden Antrag.

6.1. **Eintreten**

Präsidentin: Das Büro beantragt die Bildung einer Spezialkommission mit 7 Mitgliedern zur Vorberatung des Geschäfts.

Diskussion

Die Diskussion wird nicht benutzt. Eintreten ist unbestritten.

Abstimmung:

Der Antrag des Büros zur Bildung einer Spezialkommission mit 7 Mitgliedern wird mit 30/0 Stimmen genehmigt.

Das Geschäft geht somit zur Vorberatung an die Spezialkommission.

Für die Spezialkommission zur Vorberatung der Überarbeitung der Geschäftsordnung des Gemeindeparlaments hat das Büro, vorbehaltlich des Parlamentsentscheids, aufgrund der eingegangenen Nominierungen folgende Personen gewählt:

Präsident: Marcel Tanner (FDP)
Daniel Engeli (SVP)
Beat Gremminger (SVP)
Lukas Madörin (EDU)
Philipp Portmann (CVP)
Marianne Scherrer (EVP)
Fritz Streuli (SP)

Reto Marty (Sekretär des Parlaments)
Heidi Arnold (Protokoll)

7. **Verschiedenes**

7.1. **Eingänge**

Heute gingen keine Vorstösse ein.

Die Richtigkeit dieses Protokolls bezeugen:

Die Präsidentin

Die Vizepräsidentin

Elsi Bärlocher

Alexandra Beck

Der Stimmenzähler:

Der Stimmenzähler:

Markus Schönholzer

Fritz Streuli

Der Gemeindeschreiber:

Reto Marty